



Fremdenfeindliche und rassistische Weltanschauungen, die mit denen der Nazis übereinstimmen, verbreitete Karl Wagenfeld schon 1923. Namensgeber einer Straße in Rheda-Wiedenbrück darf er künftig nicht mehr sein.

Foto: Archiv für Alltagskultur/
Bestand WHB

„Hätten schon vor zehn Jahren anders entscheiden müssen“

Rheda-Wiedenbrück (sud). Die Ausschussmehrheit aus Move, SPD, Offener Liste und den antragstellenden Bündnisgrünen sah das anders. Andreas Hahn sprach mit Blick auf die Haltung von CDU und FDP von einem „Missverständnis“: Denn es sei grundsätzlich nicht Sache der Anwohner, welchen Namen eine Straße trage. „Wo gibt es denn so was?“, wollte der Grünen-Ratschherr wissen.

Außer Frage steht für Andreas Hahn, dass der Heimatdichter und Mitbegründer des Westfälischen Heimatbunds „alles andere als ein Ehrenmann war, nach dem man eine Straße benennen sollte“. Karl Wagenfeld sei auch nicht – wie so viele – ein Mitläufer im Nazi-Deutschland gewesen, sondern ein „Schreibtischtäter und Maulheld“, der mit seinen

menschenverachtenden Aussagen zu Behinderten und Einwohnern mit Migrationsgeschichte dazu beigetragen habe, den Nährboden für das Gedankengut der Nationalsozialisten im sogenannten Dritten Reich zu bereiten. Bei Textpassagen wie „Fremdrassige sind Volksverderber und Schädlinge“ oder „Menschen in Krüppel- und Idiotenanstalten, in Fürsorgeheimen und Strafanstalten sind körperlich und geistig Minderwertige“ müsse jedem der Atem stocken – gerade heute.

Stefan von Zons (Offene Liste) verwies darauf, dass sich die Rheda-Wiedenbrücker Lokalpolitik auf Antrag der Grünen schon vor zehn Jahren mit der Umwidmung der Rhedaer Siedlungsstraße beschäftigt habe. Damals waren die Mehrheitsverhältnisse im Rat noch andere, die Umbenennung

wurde abgelehnt. Für von Zons steht fest: „Wir hätten schon vor zehn Jahren anders entscheiden müssen.“ Das seinerzeit angebrachte Zusatzschild „Gründer des Westfälischen Heimatbunds – weltanschaulich umstritten“ sei nicht ausreichend gewesen.

„Karl Wagenfeld war ein Vorbereiter von Hitlers Machtübernahme“, gab Elisabeth Freuser (SPD) zu Protokoll. Die Ehre, Namensgeber einer Straße zu sein, müsse ihm deshalb für alle Zeit aberkannt werden. Dr. Andreas Gernhold (Move) vermochte zwei Dinge nicht zu verstehen: „Erstens die Kehrtwende der CDU, die sich noch im März für eine Umbenennung ausgesprochen hatte, und zweitens, dass wir allen Ernstes darüber diskutieren, ob nach jemandem, der Täter war, eine Straße heißen sollte.“